



# Europas Zukunft: Demokratie und Freiheiten stärken!

## Beschluss des EBD-Vorstands zu 60 Jahre Römische Verträge und Weißbuch zur Zukunft der EU

vorgelegt vom Vorstand

**„Wir [...] sind zu unserem Glück vereint.“** (Berliner Erklärung 2007)

Ob in der „Erklärung von Laeken“ 2001 oder in der „Berliner Erklärung“ 2007, die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union formulierten immer wieder in schönen Worten die Errungenschaften und Herausforderungen der EU. Dies ist auch für die Erklärung zu „60 Jahre Römische Verträge“ am 25. März in Rom zu erwarten. Wir hoffen, dass sich die Staats- und Regierungschefs in Rom darauf verständigen, die demokratische Handlungsfähigkeit der EU zu verbessern. Denn die Herausforderungen nehmen zu.

So wichtig Erklärungen von Gipfeltreffen sind, so offensichtlich ist es auch, dass Europa nicht ein Absichts-, sondern ein Umsetzungsproblem hat. Die Europäische Kommission hat das Weißbuch zur Zukunft der EU vorgelegt. Nun liegt es an den Mitgliedstaaten, einen gemeinsamen Dialog dazu zu führen.

Die EBD fordert für die Diskussion zur zukünftigen Ausgestaltung der EU:

### **1. Demokratie und Freiheiten in der EU: Weiter das Erreichte stärken!**

In einer Zeit, in der Emanzipation, Freiheits- und Menschenrechte von vielen Regierungen der Welt, auch in Europa, in Frage gestellt werden, muss die Europäische Union hier ihre gestaltende Kraft behalten und das Erreichte sichern. Eine Fokussierung nur auf den Binnenmarkt ist zu wenig. Freiheit, Demokratie und eine „Europäische Soziale Marktwirtschaft“ gehören zusammen. Das Ziel der Schaffung einer europäischen Säule sozialer Rechte darf nicht aufgegeben werden.

Die bestehenden Verträge müssen eingehalten und umgesetzt werden. Dies gilt für die Rechtsstaatlichkeit der EU-Mitgliedstaaten, aber auch für die in Parlament und Rat beschlossenen Rahmengesetze und Gesetze der EU. Alle Möglichkeiten der EU-Verträge zur Demokratisierung und Parlamentarisierung müssen ausgeschöpft werden. Das Europäische Parlament hat hierzu wichtige Positionierungen vorgelegt.

### **2. Verstärkte und vertiefte Zusammenarbeit nur mit demokratischer Methode**

Wie jede Demokratie ist auch die europäische notwendigerweise kompliziert. Trotzdem muss sie für die Unionsbürgerinnen und -bürger übersetzbar bleiben. Die EU-Institutionen müssen dafür sorgen, dass die Menschen noch den Überblick über unterschiedliche Rechte und Pflichten

gesellschaftlicher und staatlicher Akteure behalten. Nur so kann eine Akzeptanz erreicht und gesichert werden. Die Europäische Union muss die Handlungsfähigkeit haben, sich auf die Fragen zu konzentrieren, mit denen die besten Lösungen für die Bürgerinnen und Bürger Europas erzielt werden können. Dazu ist sie da. Subsidiarität ist aber keine Einbahnstraße. Mitgliedstaaten müssen Politiken, wenn nötig, auf die europäische Ebene übertragen. Eine „verstärkte Zusammenarbeit“ innerhalb der bestehenden Verträge ist schon jetzt möglich. Das verstärkte gemeinsame Handeln außerhalb bestehender Verträge muss auf den gleichen demokratischen Grundprinzipien fußen wie in den jetzigen EU-Verträgen.

### **3. Den strukturierten Dialog beginnen und Teilhabe stärken**

Das Weißbuch bietet eine gute Gelegenheit, aus Anlass des Jubiläums der Römischen Verträge den strukturierten Dialog zwischen lokalen, regionalen, nationalen und europäischen Entscheidungsträgern und den freiheitlichen-demokratischen Kräften zu führen - als Ausgangspunkt für eine breite öffentliche Debatte über die Zukunft Europas. Strukturierter Dialog bedeutet für uns, dass die Bevölkerung mit Hilfe der repräsentativen Verbände und anderer demokratischer Organisationen in die Zukunftsdebatte eingebunden wird. Denn eine wirkliche EU-Reform kann nur gelingen, wenn alle freiheitlich-demokratischen Kräfte mit ihrer Expertise mitwirken.

Wir unterstützen gemeinsam mit unseren Mitgliedsorganisationen direkt und indirekt aktuelle proeuropäische Initiativen zur Zukunft Europas. Nun muss es darum gehen, proeuropäische Bürgerinitiativen wie „Pulse of Europe“ und „March for Europe“ und bestehende repräsentative demokratische Kräfte, die größtenteils in der EBD vernetzt sind, in einen nachhaltigen und verbindlichen strukturierten Dialog mit den politischen Entscheidungsträgern zu bringen.

Die EBD unterstützt daher das Vorhaben der Europäischen Kommission, zusammen mit dem Europäischen Parlament und interessierten Mitgliedsstaaten Formate zur Zukunft Europas in europäischen Städten und Regionen durchzuführen. Diese müssen aber die Standards eines strukturierten Dialoges erfüllen und ein überprüfbares Feedback enthalten. Wir fordern die Bundesregierung auf, das Anliegen der Europäischen Kommission zu unterstützen. Ausgehend von der bestehenden Zusammenarbeit im „Multilateralen Dialog Europakommunikation“ sollten bewährte Instrumente miteinander verknüpft und ergänzt werden.

Wir werden unsererseits im Rahmen unseres Konsultationsprozesses zu den Politischen Forderungen 2017/18 und durch das Kommunikationskonzept „60 Jahre Römische Verträge. Es ist dein Europa“ die Mitgliedsorganisationen in die Politikentwicklung zur Zukunft der Europäischen Union einbinden.